

Man kann nicht alles wissen ...

Agenda Austria: Die „Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung“ wurde 2013 gegründet. Mitglieder und Financiers der wirtschaftsliberalen Denkfabrik sind durchwegs Wirtschaftsunternehmen und vermögende Privatpersonen; Geschäftsführer: Franz Schellhorn, ehemaliger Leiter der Wirtschaftsredaktion der Tageszeitung „Die Presse“. (Seite 17)

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG): Vor 60 Jahren, am 1. Jänner 1956, trat das österreichische ASVG in Kraft, nachdem 1939 das deutsche Sozialversicherungsrecht eingeführt worden war. Das ASVG ist das Stammgesetz der Sozialversicherung der unselbstständig Erwerbstätigen in der Zweiten Republik und wurde seitdem mehrfach durch Novellen an die aktuellen Verhältnisse angepasst. Das ASVG baute ursprünglich größtenteils auf bereits Bestehendes auf, inhaltlich weitgehend neu waren 1956 viele Bereiche der Pensionsversicherung, wie etwa das System der Leistungsberechnung oder die Ausgleichszulage. (Seite 13)

Blüm, Norbert: ehemaliger deutscher CDU-Politiker, geb. 1935; von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, heute ist er hauptsächlich als Autor tätig. Aktuell engagiert sich Blüm besonders für Flüchtlinge. (Seite 17)

Bruegel: (auch: BRUEGEL; sprich: brögl): Brussels European and Global Economic Laboratory; wirtschaftswissenschaftlicher Thinktank, gegründet 2004 mit dem Ziel, durch unparteiische, auf Fakten basierende und für Entscheidungsträger relevante Forschung zur Qualität der Wirtschaftspolitik in Europa und der Welt beizutragen, sowie als Plattform für den Austausch von Forschung, Politik und Wirtschaft zu dienen. Zu den Mitgliedern zählen VertreterInnen von EU-Mitgliedsstaaten, international tätige Konzerne sowie die französische Zentralbank, die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. (Seite 21)

Crouch, Colin: britischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1944; er wurde international bekannt mit seinem Werk Postdemokratie, in dem er unter anderem Wahlen mehr als von Wirtschaftsbossen mit Unterstützung von PR-ExpertInnen veranstaltete Shows denn als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit bezeichnete. Aktuelle Werke: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postde-

mokratie II, Die bezifferte Welt: Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. (Postdemokratie III); Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. (Seite 19)

Einkommensersatzrate: Prozentsatz, mit dem das letzte Activeinkommen durch eine Pensionsleistung, Arbeitslosengeld u. Ä. ersetzt wird. (Seite 29)

Erhard, Ludwig: deutscher CDU-Politiker und Wirtschaftswissenschaftler (1897–1977); 1949–1963 Wirtschaftsminister, er gilt als Vater des deutschen Wirtschaftswunders und der Sozialen Marktwirtschaft, 1963–1966 deutscher Bundeskanzler. (Seite 18)

Gabriel, Sigmar: deutscher Politiker, geb. 1959; seit 2009 SPD-Parteivorsitzender, seit Dezember 2013 stellvertretender Bundeskanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Energie. (Seite 16)

Golden Rule: Bei der „Goldenen Regel“ handelt es sich um einen alten Grundsatz der Ethik: „Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.“ Im Bereich der Ökonomie bzw. Wirtschaftsethik wurde mit dieser Golden Rule Ende des 19. Jahrhunderts argumentiert, um die Auswirkungen von Kapitalismus und Sozialdarwinismus abzumildern und damit auch das Brutto sozialprodukt zu steigern: Finanzpolitische Regeln sollen sicherstellen, dass künftige Generationen nicht die Kosten für heutige Kredite tragen müssen. Konkreter formulierte Gordon Brown, von 1997 bis 2007 Schatzkanzler der Regierung Tony Blair, die Goldene Regel: Innerhalb eines Konjunkturzyklus (der sich über mehrere Jahre erstreckt) sollen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein; Schulden dürfen ausschließlich für Investitionen in öffentliche Projekte und nicht für laufende Kosten wie etwa Gehälter für Angestellte im öffentlichen Dienst gemacht werden. Im deutschen Verfassungsrecht schlug sich diese Regel bis 2009 im Grundgesetz nieder, die jährliche staatliche Neuverschuldung war durch die Höhe der öffentlichen Investitionen begrenzt. Mit der Einführung der „Schuldenbremse“, mit der die Neuverschuldung durch fixe Prozentsätze reduziert werden sollte, wurde diese Regel beendet. (Seite 23)

Jugendcoaching: 2013 bundesweit etabliertes Unterstützungsangebot für Jugendliche am Ende der Schulpflicht, um diesen dabei zu helfen, einen individuell passenden Bildungs- und Berufsweg einzuschlagen. Besondere Unterstüt-

zung erhalten Jugendliche, die gefährdet sind, die Schule abzubrechen oder keinen Abschluss zu erlangen. Aber auch Jugendliche mit Behinderung oder sonderpädagogischem Förderbedarf können die Leistung in Anspruch nehmen. (Seite 23)

kooptieren: nachträglich als Mitglied in ein Gremium wählen, z. B. nach einem Todesfall. (Seite 6)

Neckel, Sighard: deutscher Soziologe an der Universität Hamburg, geb. 1956; Schwerpunkt: Gesellschaftsanalyse und sozialer Wandel. (Seite 19)

Pensionskommission: Im Jahr 2000 gebildetes Gremium zur langfristigen Pensionssicherung; insgesamt 34 Mitglieder (ParteienvertreterInnen, VertreterInnen von Ministerien, Sozialpartnern, PensionistenvertreterInnen, ExpertInnen). Die Kommission beschließt den Richtwert für die jährliche Pensionsanpassung und hat die Aufgabe, jedes Jahr ein Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung für die kommenden fünf Jahre zu erstellen und alle drei Jahre einen Bericht über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der gesetzlichen Pensionsversicherung (Langfristgutachten) zu erarbeiten. Nachdem eine Reform der Kommission schon länger geplant war und sich die Kommission Ende 2015 auf keinen endgültigen Pensionsbericht einigen konnte, soll die Pensionskommission jetzt neu aufgestellt und verschlankt werden. (Seite 6)

Piketty, Thomas: französischer Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1971; 2007 wirtschaftspolitischer Berater der Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal. International bekannt wurde er 2013 durch sein Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, in dem Piketty seine bisherigen historischen Forschungen zur Einkommens- und Vermögensverteilung mit einer Theorie des Kapitalismus verknüpft. Er argumentiert, dass unregulierter Kapitalismus unweigerlich zu steigender Vermögenskonzentration führt. Starke Vermögenskonzentration führe zu einer stagnierenden Wirtschaft und sei eine Bedrohung für die Demokratie. Aktuelle Publikation: Die Schlacht um den Euro. (Seite 19)

Riester-Rente: staatlich geförderte, freiwillige privat finanzierte Zusatzpension in Deutschland; Namensgeber ist Walter Riester, der als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1998–2002) für diese Form der privaten Vorsorge plädierte. (Seite 16, 39)